Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Durlacher Tagblatt. 1920-1964
# 1932

183 (8.8.1932)

Visual Library

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dürr, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 183 | Montag, den 8. August 1932 | 104. Jahrgang


## Kurze Tagesübersicht

**Wegen der politischen Hochspannung hat das thüringische Innenministerium angeordnet, daß bis auf weiteres jede Beflaggung öffentlicher Gebäude mit anderen als Reichs-, Landes- und Gemeindeflaggen zu verhindern ist.**

*

**Die neuerbaute Autostraße Köln—Bonn ist der Oeffentlichkeit übergeben worden.**

*

**Anstelle des zurückgetretenen schwedischen Ministerpräsidenten Ekman ist der bisherige Finanzminister Hamrin zum Ministerpräsidenten ernannt worden.**

*

**In Karlsruhe fand unter großer Beteiligung, auch ausländischer Teilnehmer, der 21. Deutsche Feuerwehrtag statt.**

*

**Auf Ansuchen der Nationalsozialisten ist die auf 16. August festgesetzte Tagung des preußischen Landtags abgesagt worden.**

*

**Die Terrorakte in Preußen nehmen immer noch kein Ende. In der Reichsregierung sind die Einzelheiten der neuen Notverordnung gegen den politischen Terror in Ressortbesprechungen erörtert worden.**

*

**Die kommunistische Reichstagsabgeordnete Klara Zetkin wird am 22. August aus Moskau abreisen, um den Reichstag als Alterspräsidentin zu eröffnen.**

## Der geplante Verfassungsumbau

**Einführung des Zweikammersystems im Reiche?**

Von Dr. Klaus Spitta.

Nach der jüngst geäußerten Ansicht des Reichskanzlers von Papen besitzt der neugewählte Reichstag nicht die „Gegengewichte und Ausgleiche" anderer Parlamente, die auf dem Zweikammersystem aufgebaut sind. Der Reichsrat kann angesichts seiner beschränkten Befugnisse beispielsweise nicht mit dem amerikanischen Staat verglichen werden. Nach Auffassung des Reichskanzlers braucht Deutschland ein Oberhaus, eben weil sich der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung als arbeitsunfähig, soweit es sich um Fragen der Regierungsbildung und -stützung handelt, erwiesen hat.

In seiner Rechtfertigung der kurz vor den Wahlen gegen die Regierung Braun-Severing getroffenen Maßnahmen bezeichnete sie der Kanzler bekanntlich als „zwingende Notwendigkeit" und erklärte, sie beschränkten sich lediglich darauf, die Grundlagen für die Herstellung eines ordnungsgemäßen Rechtszustandes zu schaffen. Das leuchtet ohne weiteres ein, denn niemand wird behaupten wollen, daß in Preußen oder in Bayern das Weiterregieren eines geschäftsführenden Kabinetts einen solchen Rechtszustand darstellt. Zugegeben, daß sich die Reichsregierung bei ihrem jüngsten Vorgehen vielleicht auch von reichsreformistischen Gedankengängen mit hat leiten lassen, als sie sich entschloß, ihre Autorität gegenüber dem größten Lande und dessen [illegible] Regierung zu wahren, so erscheint es doch verfrüht, dieses Verhalten der Reichsregierung als Akt einer „kalten Reichsreform" dahinzustellen. Wir wissen, daß eine Reichsreform an Haupt und Gliedern kommen muß, soll endlich die ebenso kostspielige wie unsinnige Dezentralisierungswirtschaft in Reich und Ländern aufhören, das Nebeneinander und Durcheinander viel zu vieler Regierungs- und Verwaltungsstellen. Daß die jetzige Reichsregierung die Absicht hat, diese Reichsreform so schnell und reibungslos wie möglich durchzuführen, steht fest. Angesichts des Widerstandes verschiedener Länder hat sie naturgemäß bei der Lösung dieser notwendigen Aufgabe keinen leichten Stand. Der angeblich dem Reichsinnenministerium vorliegende Entwurf einer Aufhebung der Landesfinanzämter Oldenburgs und der mecklenburgischen Länder und deren Zusammenlegung mit der Freistadt Hamburg sowie ähnliche Pläne verschiedener Länderministerien haben im Lager der Reichsreformgegner in letzter Zeit viel Staub aufgewirbelt. Nicht weniger taten es die sensationellen Auslassungen des Stegerwaldschen Organs „Der Deutsche", wonach das Reichskabinett künftig vom Reichstag völlig unabhängig gestaltet werden soll. Man wolle dem Reichstag eine Art Oberhaus als Kontrollbehörde vorsetzen bei gleichzeitiger Erweiterung der Machtstellung des Reichspräsidenten, dem unter anderem das Recht erteilt werden soll, aus überparteilichen Persönlichkeiten eine Art „Geheimen Rat" zu bilden. Gedacht sei ferner an die Schaffung eines sogenannten „Staatsbeirats", in dem Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und kulturelle Körperschaften vertreten sind, an den Plan, mindestens den Reichskanzler sowie den Reichsaußen- und Innenminister von der Herrschaft und den Mißtrauensvoten des Reichstages zu befreien und was dergleichen Vermutungen der Oeffentlichkeit noch mehr sind.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, fühlt sich das Reichskabinett durch den Ausgang der Reichstagswahlen in seiner Existenz nicht bedroht. Es wünscht die Nationalsozialisten aktiv an der Mitverantwortung am Wiederaufbau des Vaterlandes zu beteiligen, ein Vorsatz, der nur begrüßt werden kann. In Kreisen, die der Reichsregierung angeblich nahe stehen, ist behauptet worden, der Reichstag werde ohne einen Umbau des Parlaments in einen Ständetag oder in ein Unterhaus mit Oberhaus nicht in Tätigkeit treten. Ob diese Umbildung allerdings schnell vor sich gehen wird, bleibt vorerst abzuwarten. Der Parlamentarismus, wie wir ihn nun über ein Jahrzehnt in Deutschland ertragen haben, ist als erledigt anzusehen. Die Prophezeiung, die ein demokratisches Blatt bei uns bereits im Jahre 1920 veröffentlichte, hat sich erfüllt. Unter dem Titel „Krise der parlamentarischen Demokratie" wurde dort das Versagen dieses damals noch jungen Parlamentarismus folgendermaßen gekennzeichnet: „Die parlamentarische Demokratie erscheint, mit wenigen Ausnahmen, fast überall als ein abschreckendes Zerrbild einer Idee. Sie ist unfähig, den Lebensnotwendigkeiten gerecht zu werden. Sie vermehrt in erschreckendem Maße das Unglück dieser Zeit und gebärdet sich ganz so, als ob sie nur ein Amt hätte: ihr eigener Totengräber zu werden." Auch der Nationalsozialismus vertritt in seinen Forderungen den korporativen Staatsgedanken, er verlangt unter anderem „Schaffung von zweiten Kammern auf Grundlage der Berufsvertretung". Die künftige deutsche Volksvertretung würde nach Verwirklichung der vom Reichskanzler angedeuteten Pläne aus zwei Kammern bestehen: aus einer, die wie bisher der Reichstag aus den politischen Parteien — allerdings nach Beseitigung des Vielparteiensystems — bestehen würde, und aus einer zweiten, in welche die Berufsverbände ihre Vertreter zu entsenden hätten. Das wäre dann eine Lösung der völlig verworrenen parlamentarischen Frage in Deutschland, eine Lösung, die zweifellos der Allgemeinheit, die sich aus den Mißständen des bisherigen Parlamentarismus heraussehnt, als die beste aller möglichen erscheinen würde.

Gemäß einem Ausspruch Spenglers hat ein Volk Anspruch darauf, gut regiert zu werden, und da es als Masse ohne Erfahrung und Ueberblick das nicht selbst übernehmen kann, so müssen dies Einzelne tun, die richtig ausgesucht und eingesetzt worden sind. „Das ist das Geheimnis aller gut regierten Staaten, und alle mit Ueberlegung ausgearbeiteten Verfassungen können nur sichern, was in primitiven Zeiten mit rascher Gewalt ganz von selbst geschieht." In der Tat haben gerade die Aufsehen erregenden Ereignisse der jüngsten Zeit die Richtigkeit dieser vor etwa einem Jahrzehnt geäußerten Ansicht erneut bewiesen. „Mit rascher Gewalt" hat sich gleichsam über Nacht im Deutschen Reiche ein grundlegender Systemwechsel vollzogen, dessen Auswirkungen vorläufig noch nicht abzusehen sind.

## Die Maßnahmen gegen den politischen Terror

**Berlin**, 7. Aug. Zu den Sprengstoffanschlägen wird von amtlicher Stelle erklärt, daß die Regierung diesen Attentaten die größte und ernsteste Bedeutung beimißt.

Ueber die Maßnahmen, die gegen die politischen Ausschreitungen zu ergreifen sein werden, erfahren wir von unterrichteter Seite, **daß die Einzelheiten der neuen Verordnung in Ressortbesprechungen erörtert werden.** Es wird sich voraussichtlich vor allem um eine neue Durchführungsverordnung zu den bestehenden Notverordnungen zum Schutze gegen politische Ausschreitungen handeln. Es ist anzunehmen, daß in dieser neuen Verordnung keine neuen Strafbestimmungen für Sprengstoffanschläge enthalten sein werden angesichts der Tatsache, daß bereits die ordentliche Gesetzgebung gerade für Sprengstoffattentate die härtesten Strafen vorsieht. So bedroht bekanntlich das Sprengstoffgesetz dabei Sprengstoffanschläge, auch wenn keine Verletzungen dabei erfolgt sind, mit Zuchthaus von 5 bis 15 Jahren, und für den Fall, daß Personen dabei verletzt werden, mit lebenslänglichem Zuchthaus, bei Todesfolge, auch wenn diese nicht gewollt ist, mit Todesstrafe.

## Erlaß des Königsberger Generalstaatsanwalts

**Königsberg**, 6 Aug. Der Generalstaatsanwalt hat an die ostpreußischen Staatsanwaltschaften folgende Anweisung erlassen: Trotz wiederholten Verbots des Waffentragens, trotz eindringlichster Warnung auch von höchsten Regierungsstellen werden immer wieder junge Leute im Besitze von Schußwaffen, Dolchen und dergleichen betroffen. Jedermann weiß, daß das Mitsichführen von Schußwaffen, Dolchen und dergleichen verboten ist. Wer in dieser aufgeregten Zeit dieses Verbot übertritt, tut dies nur in der Absicht, bei sich bietender Gelegenheit von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Der Schutz der Bevölkerung ist aber Sache der Polizei, nicht des einzelnen Bürgers, vor allem nicht der jungen radaulustigen Elemente. Gegen diese rücksichtslos einzuschreiten, ist das Gebot der Stunde. Ich ersuche daher die mir unterstellten Staatsanwaltschaften, diese Gesichtspunkte bei Gericht nachdrücklichst zur Geltung zu bringen und gegen die Täter je nach Lage des Falles empfindliche Strafen zu beantragen.

## Abkühlung zwischen London und Rom

**London**, 7. Aug. Die Entwicklung der Beziehungen zu Italien beobachten die politischen Kreise Englands schon seit dem Tage von Lausanne mit einiger Unruhe. Man hat hier bald gespürt, daß die unglückliche französisch-englische **Regie des Vertrauensabkommens Mussolini gründlich verärgert hat** und es die unmittelbare Veranlassung für die Entsetzung Grandis von seinem Ministeramt gewesen ist. Grandi hat, wie man heute verraten darf, die englische Einladung zum Beitritt **vorzeitig** angenommen, weil er der irrtümlichen Ansicht war, daß diese Einladung offiziell von England ausgehe. Als dann erst vier Tage nach der Rücksprache Sir John Simons mit den Botschaftern Deutschlands, Italiens und Belgiens die formelle Einladung von Paris aus verschickt worden war, entstand in Rom **peinliche Ueberraschung.**

Ein Leitartikel des „News Chronicle" malt nun heute die **Gefahr einer europäischen Gruppenbildung** an die Wand, in die auch die wie gewöhnlich in europäischen Dingen schlecht unterrichtete amerikanische Regierung hineinzugeraten drohe. Es zeichne sich eine britisch-französisch-amerikanische Partnerschaft ab. Es gäbe auch bereits Anzeichen dafür, daß Mussolini seinen alten Plan wieder aufgreife, der auf die Bildung einer starken Gruppe unter italienischer Führung abzielt, und nicht nur Ungarn, Bulgarien und die Türkei, sondern auch Deutschland und die Sowjetunion umfasse. Um diese Gefahr zu vermeiden, gebe es nur einen Ausweg: **Die britische Regierung müsse schleunigst den schlechten Eindruck verwischen, den sie in Rom hervorgerufen habe.** Es gebe keine natürlichen Gegensätze zwischen Italien und England. Die britische Regierung lehne jede Art von Entente gegen Italien ab.

## Der neue schwedische Ministerpräsident

**Stockholm**, 7. Aug. Anstelle des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Ekman ist der bisherige Finanzminister Hamrin zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Er behält vorläufig das Finanzministerium bei. Die Regierung ist ferner durch die Ernennung des Unterstaatssekretärs im Finanzministerium T. P. J. Petersson zum Minister ohne Portefeuille ergänzt worden.

Amtlich wird folgende Erklärung abgegeben: Der Grund zum Abschiedsgesuch von Ministerpräsident Ekman liegt darin, daß ihm neben der Summe von 50 000 Kronen, die Ekman im September 1931 von Kreuger entgegennahm, Anfang Februar 1932 noch ein zweites Mal 50 000 Kronen für die Freisinnige Organisation zur Verfügung gestellt worden sind. Dieser Betrag ist jetzt an die Konkursverwaltung zurückgezahlt worden.

## Der Kampf in der Mandschurei geht weiter

**Moskau**, 7. Aug. Aus der Mandschurei werden neue blutige Kämpfe der Japaner mit mandschufeindlichen chinesischen Truppen gemeldet, die mehrere Punkte der südmandschurischen Bahn besetzt haben. Der südliche und östliche Teil der ostchinesischen Bahn ist durch Regengüsse und Hochwasser stark gefährdet. Bei Tsitsikar ist die Strecke zeitweilig unterbrochen, sodaß dadurch der transsibirische Ostasienverkehr lahm gelegt wird. In Charbin haben sich Cholerafälle ereignet, sodaß bei Benutzung der Bahn die Vorlegung eines Impfzeugnisses verlangt wird.

## Macdonalds Auffassung über die Schuldenfrage

**London**, 6. Aug. Zu gewissen Gerüchte über bevorstehende englisch-amerikanische Verhandlungen über die Schuldenfrage erfährt „Reuter", Macdonald beabsichtige im Augenblick nicht, die Schuldenfrage gegenüber Amerika anzuschneiden, und er sehe dafür auch keine Möglichkeit vor der Präsidentschaftswahl. Wenn jedoch der Augenblick gekommen sei, werde er bereit sein, die Frage zu dem Zwecke zu prüfen, zu einer völligen, auf Zusammenarbeit beruhenden Verständigung mit den Vereinigten Staaten zu gelangen, die in keiner Weise ein Ultimatum oder eine Einheitsfront gegen die Vereinigten Staaten voraussetzen würde. Im Gegenteil müßte die Lösung von beiden Parteien aufrichtig begrüßt werden und auch für die Teilnehmer der Lausanner Konferenz, sowie für die Oeffentlichkeit in Amerika und in Europa vollkommen annehmbar sein.

## Versuchsmanöver mit dem „Graf Zeppelin"

**Friedrichshafen**, 6. Aug. Auf dem Gelände des Luftschiffbaues wurden am Freitag interessante Versuche mit dem auf dem Platz liegenden Luftschiff „Graf Zeppelin" vorgenommen, die vor allem für die Ausrüstung des kommenden LZ. 129 von Bedeutung sind. Einmal hat man den in der vorderen rechten Motorengondel eingebauten Schwenkpropeller genau auf seine Hubfähigkeit geprüft. Zu diesem Zweck wurden unter der Mitte des Schiffes, das ausgewogen war, verschiedene schwere Mengen von Ballast befestigt, die dann von dem in Gang gesetzten Schwenkpropeller in die Höhe gehoben werden mußten. Wie versichert wird, zeitigten diese Versuche mit dem Schwenkgetriebe gute Ergebnisse.

Zu gleicher Zeit wurden auch Versuche mit einem sogenannten Landungsstößel unternommen, der provisorisch unterhalb der Führergondel neben dem Rohrpuffer angebracht war. Dieser Landungsstößel besteht aus einem Preßluftzylinder, der eine ähnliche Funktion wie die Puffer an Eisenbahnwagen auszuüben hat, also als Stoßfänger beim Aufsetzen des Luftschiffes auf den Boden benutzt werden soll.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Das Schicksal der Kaufkraft

Von Paul Voß, Direktor des Leipziger Meßamts.

Die Lebenshaltung eines Einzelnen, wie eines ganzen Volkes hängt vom „Einkommen" ab, vom Umfang der erzeugten Sachgüter und Dienstleistungen. Normalerweise soll es möglich sein, die auf dem Einkommen beruhende Kaufkraft und hiermit die Lebenshaltung so weit zu steigern, wie ein Ausbau der Gütererzeugung auf Grund der Produktionsmittel und Rohstoffschätze und natürlichen Fruchtbarkeit eines Landes überhaupt durchführbar ist. An dieser Stelle schalten sich allerdings bereits die Störungsquellen in den Zusammenhang von Erzeugung und Verbrauch, von Einkommen, Kaufkraft und Lebenshaltung ein. In der modernen Volkswirtschaft mit ihrer vielseitigen Arbeitsteilung und mannigfachen Bedarfsgliederung arbeiten alle für einen, einer für alle. Eine vollkommene Selbstversorgung gibt es nirgends mehr. Selbst der Landwirt im entlegensten Bergdorfe muß Produkte, die er nicht selbst verbrauchen kann, an andere abgeben und sich dafür Güter verschaffen, die er nicht im eigenen Betriebe herstellt. Ein bis ins Feinste durchgebildeter und daher äußerst störungsempfindlicher Apparat des Ein- und Verkaufs, der Lagerhaltung, der Kreditgewährung, des Transports, der Verteilung wird daher notwendig, um Erzeugung und Verbrauch ständig in Einklang zu halten und auf beiden Seiten zu einem Höchstmaß der Entwicklung zu gelangen. Es kommt hinzu, daß der Austausch zwischen Produktion und Konsum sich nicht nur innerhalb der Landesgrenzen abspielt, sondern auch Außenhandelsbeziehungen erfordert, die Einfuhr unentbehrlicher Auslandsgüter, die Ausfuhr von Produktionsüberschüssen. Das bedeutet eine weitere Verwicklung und eine lange Reihe neuer Störungsquellen.

Aus alledem ergibt sich bereits die Antwort auf die Frage, warum es so schwer ist, den offensichtlichen Widerspruch zwischen dem Brachliegen so vieler Arbeitshände und der mangelnden Erfüllung so vieler Konsumbedürfnisse zu überwinden. Nicht nur unser innerdeutscher Kredit- und Verteilungsorganismus ist gestört, sondern auch — im Zeichen der Zollschranken, der Devisenvorschriften, der Valutaschwankungen, der Stillhaltebestimmungen — unser unentbehrlicher Austausch mit dem Auslande. Wenn man nun hofft, daß die noch für Spätherbst 1932 angesetzte Londoner Weltwirtschaftskonferenz die Grundlagen des Welthandels neu befestigen wird, und wenn man zugibt, daß auch unser Los wesentlich davon abhängt, darf man doch keinesfalls auf Maßnahmen verzichten, die das Schicksal der deutschen Kaufkraft bessern, die unseren Inlandsmarkt reorganisieren sollen. Ausschließlich auf eigener Kraft beruhende Selbsthilfe ist bei einer wesentlich auch international bedingten Not nicht möglich. Aber auch schon eine Erleichterung um — dies sei nur ein Beispiel — 60 oder 70 v. H. ist höchst begrüßenswert.

Von der Entwicklung der deutschen Kaufkraft in den letzten Jahren wissen wir, daß der gesamte Konsumgüterverbrauch im Jahre 1925 rund 40 Milliarden Mark betrug, bis 1929 auf 52 stieg und schließlich 1931 wieder auf 40 zurückging. Im einzelnen senkte sich von 1929 bis 1931 die Gesamtausgabe für Ernährung von 30 auf 24, für Bekleidung von 12 auf 9, für Hausrat von 5 auf 4, für Kultur- und Luxusbedürfnisse von 5 auf 3 Milliarden Mark. Außerhalb der Konsumausgaben vollzog sich der Aufwand für Wohnungsmiete und für Kapitalanlagen; insgesamt verminderte er sich von 24 Milliarden Mark 1929 auf nur noch 15 in 1931; dabei stieg jedoch im einzelnen der Posten der Wohnungsmieten von 7,7 auf 8,3 Milliarden Mark. Es zeigt sich also, daß die Behausung einen — zweimal verhältnismäßig — erheblich höheren Anteil des Volkseinkommens erfordert als vordem, insbesondere zu Lasten der Ernährungs- und Spartätigkeit. Hierbei zählen im besonderen die relativ zu teueren Neubau-Wohnungsmieten mit. Gewiß wird ein Teil des allgemeinen Verbrauchsrückganges durch die Preisverminderung ausgeglichen. So hat — 1913 gleich 100 — die deutsche Reichs-Richtzahl für die Gesamtlebenshaltung im Juni 1932 nur noch 121,4 betragen, womit sie 20,9 v. H. unter ihrem Stande im Juni 1929 lag. Aber auch bei Berücksichtigung dieser Tatsache ergibt sich die Einsicht, daß der Güterverbrauch des deutschen Volkes sich immerhin auch mengenmäßig erheblich vermindert hat. Die Erklärung dafür gibt ja im besonderen die Arbeitslosenstatistik. Während Mitte 1929 bei den deutschen Arbeitsämtern insgesamt 1 251 452 Arbeitslose gemeldet waren, erreichte ihre Zahl Mitte 1932 nicht viel weniger als 5,5 Millionen. So stehen Arbeitsmangel und Kaufkraftmangel in engster Wechselwirkung. Zur Arbeitslosenzahl sei im besonderen noch erwähnt, daß Deutschland rund 33 Millionen Menschen aufweist, die auf eigene Erwerbstätigkeit wirtschaftlich angewiesen sind. Einen ungewöhnlich hohen Anteil davon stellen übrigens nicht nur die Arbeitslosen dar, sondern auch die vielen Hunderttausende jener, die nur noch Kurzarbeit erhalten können.

Was kann geschehen, um die Massenkaufkraft in Deutschland wiederherzustellen? Den Begriff der Massenkaufkraft macht uns die Tatsache klar, daß von sämtlichen deutschen Einkommensbeziehern 89 v. H. und vom gesamten deutschen Volkseinkommen 62 v. H. auf die „Kleineinkommen" (1927 bei der Grenze von 3000 Mark) entfallen. Auch über die Gliederung der Massenkaufkraft sind wir unterrichtet, dank der Haushalt-Verbrauchsrechnungen, die uns beispielweise erkennen lassen, daß vom Gesamtverbrauch im durchschnittlichen Arbeiterhaushalt 45,3 v. H. auf Nahrungs- und Genußmittel, 12,7 v. H. auf Bekleidung und Wäsche, 10 v. H. auf Wohnungsmiete, 7,9 v. H. auf Versicherungen kommen. Aehnliche Berechnungen sind für den Angestelltenhaushalt und für den Beamtenhaushalt durchgeführt worden. Um die Massenkaufkraft wieder aufzubauen, als starke Grundlage für das Inlandsgeschäft der deutschen Industrie und des deutschen Handels, ist natürlich ein umfassendes Werk der Arbeitsbeschaffung die wichtigste Grundlage, zumal in Verbindung mit großzügigen Siedlungsplänen. Weiter aber kommt es darauf an, die Kaufkraft auch durch sorgsamste Anpassung der Preislagen und Auswahlmöglichkeiten aller Fertigwaren an den Gegenwartsbedarf zu fördern und anzuregen. Es greift hier das eine in das andere. Wenn wieder mehr gekauft wird, gibt es wieder mehr Arbeit, und das bedeutet abermalige Stärkung der Kaufkraft. Unsere Industrie und unser Handel haben in den letzten Monaten, wie soeben auch die Saison-Schlußverkäufe zeigten, mit Erfolg daran gearbeitet, daß bei allen Bedarfsartikeln, die der moderne deutsche Kulturmensch aller Volksschichten im täglichen Leben braucht, das abschreckende Wort „zu teuer" so gut wie restlos verschwunden ist. Unzählige Verbesserungen in der Herstellung und im Vertrieb der Waren haben dies bewirkt. Wer kaufen kann, muß kaufen. So trägt eine jede Mark, die in Handel und Verkehr gebracht wird, zur Arbeitsbeschaffung bei.

## Preußische Landtagstagung am 16. August fällt aus

**Berlin**, 7. Aug. Der Präsident des Preußischen Landtags Kerrl hat auf Ersuchen des nationalsozialistischen Fraktionsführers Kube die für den 16. und 17. August vorgesehene Landtagstagung abgesagt. Den Fraktionen soll Ende nächster Woche Mitteilung darüber zugehen, wann die Sitzung stattfinden soll. Abgeordneter Kube hat den Wunsch auf Vertagung der Landtagsberatungen damit begründet, daß in der übernächsten Woche eine **große Tagung aller nationalsozialistischen Abgeordneten** aus Reichstag und Landtagen abgehalten werde. Der Präsident ist der Meinung, daß in diesem Falle der Wunsch einer großen Fraktion vorliege, dem stattzugeben der Uebung des Landtages entspreche.

## Neue polnische Schikane gegen deutsche Vereine

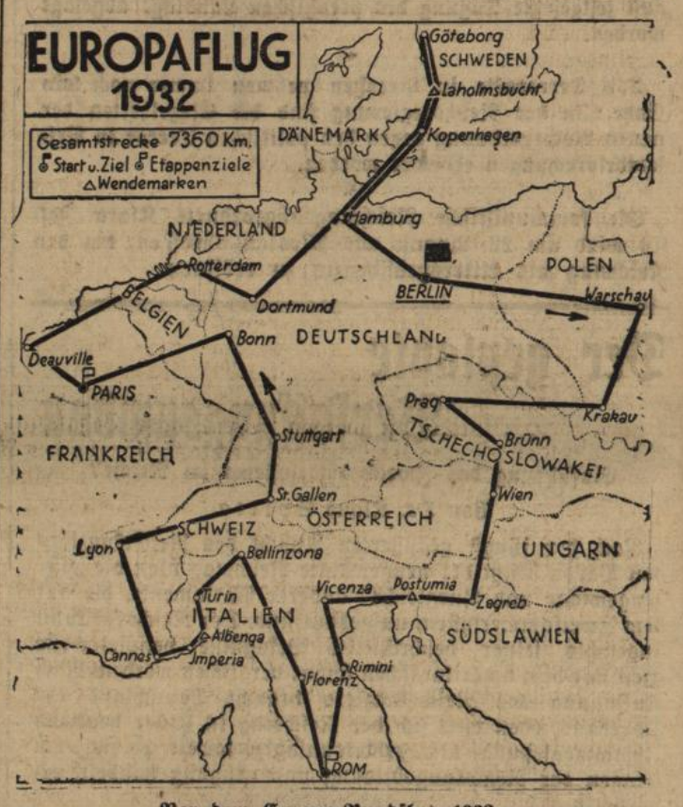
T.U. **Danzig**, 7. Aug. Der deutsche Turn- und Sportverein in Dirschau hatte aus Anlaß seines 50 jährigen Bestehens am 7. August mehrere Danziger Vereine zu einem Sportfest eingeladen. Die Danziger mußten unverrichteter Sache umkehren, weil die Polizei es ihnen nicht gestattete. Der Dirschauer Verein soll nach Angaben der Polen die erforderliche Anmeldung der auswärtigen Vereine nicht vorgenommen haben. — Dazu muß bemerkt werden, daß bisher der Besuch Danziger Vereine in Dirschau niemals von einer Anmeldung abhängig gemacht worden ist. Es handelt sich also um nichts als neue polnische Schikane.

## Scharfe Gegensätze zwischen Kanada und England in Ottawa

T.U. **Ottawa**, 7. Aug. Die englischen Sachverständigen haben die Nachprüfung der kanadischen Vorschläge beendet. Sie haben dabei festgestellt, daß die kanadischen Schätzungen über die der englischen Industrie eröffneten neuen Ausfuhrmöglichkeiten ganz gewaltig übertrieben sind. In diesem Sinne wurde der kanadische Ministerpräsident Bennett verständigt. In den Kreisen der englischen Abordnung wird erklärt, daß die kanadischen Vorschläge noch nicht einmal die Mindestforderungen Englands hinsichtlich des Absatzes von Eisen und Stahl, Baumwoll- und Wollwaren erfüllten. Während die Kanadier amtlich die Erhöhung der Ausfuhrmöglichkeiten englischer Waren nach Kanada mit elf Millionen Pfund angegeben hatten, berechnen die englischen Sachverständigen diese Zahl auf weniger als vier Millionen Pfund.

Die Arbeit der Konferenz konzentriert sich nunmehr auf die Auseinandersetzungen von England und Kanada. Viel wird davon abhängen, wie weit sich Bennett von den Bindungen der kanadischen Industriellen freimachen und sie zu einem großzügigen Standpunkt etwa in der Form überzeugen kann, daß weitere Zugeständnisse an England eine Belebung des Gesamthandels mit sich bringen würden. Von dem Ausgang der englisch-kanadischen Verhandlungen wird es abhängen, ob die Konferenz ihr ursprnüglich großes Ziel erreichten wird — was von vielen Seiten schon stark bezweifelt wird — oder ob sie sich mit kleinen Erfolgen begnügen muß.

T.U. **London**, 7. Aug. Lord Beaverbrook bringt in seiner „Sunday Expreß" einen überaus scharfen Angriff gegen Baldwin und die englische Regierung wegen ihrer Haltung auf der Ottawaer Konferenz. In dieser Woche, so sagt er, werde das Schicksal des englischen Weltreiches entschieden. Die Zurückhaltung der englischen Abordnung erklärte sich nur daraus, daß Macdonald, Runciman und Herbert Samuel Angst vor einem Zoll auf Fleisch und Weizen hätten. Das sei die wahre Schwierigkeit und nicht etwa das ungenügende Angebot Kanadas. Selbst wenn dies der Fall sei, so würden sie doch Tore sein, wenn sie jetzt in Ottawa nicht die Grundlage zu einem neuen Weltreich im Sinne einer Weltreich-Zollvereinigung legten. Sollten Baldwin und seine Ministerkollegen nach England zurückkehren, ohne dieses Ziel erreicht zu haben, so würden sie schwer gestraft werden, ihre Regierung würde in Stücke gehen und man würde sich ihrer Dienste vollständig entledigen. Es gehe um die Wahl zwischen dem Macdonaldschen Internationalismus und dem Erbtum des englischen Weltreiches.




**Vor dem Europa-Rundflug 1932.**

Karte des diesjährigen Europafluges, der über eine weitaus schwierigere Strecke als bei den früheren Europaflügen führt.

29. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Es tut mir leid, Herr Kommissar, Ihnen so wenig nützlich gewesen zu sein, aber wie ich Ihnen schon sagte, habe ich die Verbindung mit Herrn von Wemblin schon vor längerer Zeit abgebrochen."

Wolter übersah die verabschiedende Verbeugung.

„Verzeihung, Sie haben die Verbindung mit Wemblin abgebrochen, darf ich fragen, aus welchem Grunde?"

„Abgebrochen ist vielleicht nicht das richtige Wort, ich hätte sagen müssen, ich habe die Verbindung nicht aufrecht erhalten, nicht weiter gepflegt," antwortete Reischach ausweichend.

„Es kommt letzten Endes auf dasselbe heraus, Herr Oberleutnant," meinte Wolter mit leichtem Lächeln. „Und nun bitte, nennen Sie mir die Veranlassung, weshalb Sie sich von ihm zurückzogen."

„Ich tu's nicht gern, wirklich nicht, weil ich es lediglich einem Gerücht zufolge getan habe. Aber wie Sie begreifen werden, muß ich als Offizier besonders scharf darauf achten, daß meine Bekannten von jedem Makel frei sind, und eben das war bei Herrn von Wemblin nicht der Fall."

„Bitte, erzählen Sie mir mehr, sagen Sie mir alles. Ich muß es nämlich wissen, weil der Fall Wemblin nicht so einfach zu liegen scheint, wie wir zuerst angenommen haben. Es ist notwendig geworden, über Wemblins Leben Klarheit in jeder Beziehung zu erlangen."

„Na, also schön. Ich betone aber ausdrücklich, daß ich mich nicht verbürge, ob das Gerücht tatsächlich die Wahrheit sagt. Und ich bitte um Diskretion, seiner Verwandtschaft wegen."

„Wird voll und ganz gewahrt werden."

„Wemblin soll vor Jahren Dummheiten gemacht haben. In flott darauf los lebenden Kreisen verkehrend, kam er mit den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln nicht aus und beging Wechselfälschung. Als die Geschichte herauskam, spedierte ihn sein Vater nach Südamerika. Dort soll er sich lange Zeit auf einer großen Landbesitzung als Verwalter gut geführt haben. Eines Tages zog er von dort fort, um selbst zu wirtschaften, nachdem er sich etwas Kapital erspart hatte. Bei dem Geschäft wurde er übers Ohr gehauen und mußte froh sein, bei dem Wiederverkauf wenigstens etwas zu retten. Er kam nach Rio, nach einer Gelegenheit suchend, mit dem Restbetrag etwas anzufangen, spielte und verlor alles, wobei es von seiten seiner Partner nicht ehrlich zugegangen sein soll. Er revanchierte sich, indem er ihre Methoden übernahm. Bald schwamm er im Geld. Die Leichtigkeit, Geld zu machen und seine Habgier verleiteten ihn dazu, trotz des großen Gewinnes das Geschäft fortzusetzen. Unglücklicherweise geriet er beim Rupfen an den Sohn einer hochstehenden Persönlichkeit und mußte froh sein, ohne Aburteilung als lästiger Ausländer abgeschoben zu werden. Er kehrte nach Deutschland zurück, steckte sich schlau hinter die Schwester Strewos, die in Wismar lebt, und diese setzte bei ihrem Bruder durch, daß er ihn aufnahm. Ob Strewo überhaupt eine Ahnung von den Ereignissen in Rio hat, weiß ich nicht, deshalb bitte ich nochmals um Vorsicht."

Wolter erklärte sich für befriedigt und verabschiedete sich.

Ein Bruder Luftikus dieser Wemblin, das paßte ja ausgezeichnet zu der Ahnung, die ihn überkommen, als er nach Edith Oldenroths Offenbarung von der schönen Unbekannten und ihren Zettel mit der Aufschrift „Gib acht auf Orla!" so intensiv über den Fall gegrübelt hatte. Reischach hatte ihm zugesagt, Nachricht zu geben, wo er das Wappen gesehen haben wollte. Es war vielleicht gut, der Sicherheit halber, es einem Heraldiker vorzulegen. Möglicherweise war diese Busennadel ein Familienstück und daran geheftet eine Geschichte, die sehr merkwürdig sein konnte, wenn . . . Aber es hatte wenig Zweck, darüber jetzt Betrachtungen anzustellen und Schlüsse zu ziehen.

Noch ehe Reischachs telephonische Mitteilung ihn erreichte, wußte er, daß das Wappen von der polnischen Grafenfamilie Raczkolni geführt wurde.

Unverzüglich recherchierte er darüber, ob der Schmuck ein Familienstück, vielleicht gestohlen oder auf welche Weise sonst er in den Besitz jener Dame gekommen sein konnte. Die Warschauer Polizei, bei der er anfragte, versprach Aufklärung in kürzester Frist.

Nachdem dies erledigt, setzte er seine Erkundigungsfahrt bei Wemblins Bekannten fort, genau so ergebnislos wie bisher. Die schöne Frau war für alle die große Unbekannte. Nur ein einziger ging ein bißchen aus seiner Reserve heraus, er sagte:

„Falls Sie es nicht wissen sollten, möchte ich Ihnen verraten, daß Herr von Wemblin zu den Nachtvögeln von Berlin gehörte, man traf ihn genau genommen überall, verstehen Sie mich recht — überall, besonders dort, wo die Oeffentlichkeit ausgeschlossen ist."

„Sie meinen in Nachtklubs, heimlichen Spiellokalen usw. Könnten Sie mir nicht ein paar Adressen geben, wo Sie ihm begegnet sind?"

„Aber ich sagte Ihnen doch — überall."

Natürlich hütete sich das Herrchen auch nur eine Adresse anzugeben. Und so verblieb nur eine Razzia in der Hoffnung auf das Glück, sie zu entdecken.

* * *

Mit verklärtem Gesicht saß Fränkel am andern Morgen im Dienstzimmer. Er hatte von Wolters Unternehmen gehört und auch von dessen negativem Ausgang, von dem er von vornherein überzeugt war, aber er hatte geschwiegen, teils aus der Gewißheit heraus, daß Wolter sich doch nicht werde abhalten lassen und dann bereitete es ihm Freude, sagen zu können: „Sehen Sie, wie recht ich hatte, als ich Ihnen empfahl, Volgers Spur aufzunehmen! Ich habe es getan, und gleich werden Sie des Rätsels Lösung erfahren."

Wolter erschien, obwohl er nur wenig geschlafen, munter und frisch wie immer.

„Na, was haben Sie erreicht?" fragte Fränkel scheinheilig.

„Nichts! Kein Mensch will die Frau gesehen haben. Man könnte meinen, sie existiere nur in der Phantasie von Fräulein Oldenroth."

„Nein, das tut sie nicht, sie existiert wirklich und ich hoffe, wir werden sie sehr bald hier eintreten sehen."

(Fortsetzung folgt.)